
Schattenseiten der Globalisierung

Herausgegeben von

Dietmar Loch und

Wilhelm Heitmeyer

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2093

Kultur und Konflikt
*Herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer,
Günter Albrecht, Otto Backes
und Rainer Dollase*

In diesem Band geht es um den Zusammenhang zwischen einerseits der Globalisierung und andererseits dem Rechtsradikalismus, dem Rechtspopulismus sowie dem separatistischen Regionalismus in den westlichen Demokratien. Vor dem Hintergrund, daß die Weichen für die politischen Katastrophen im 20. Jahrhundert durch die gesellschaftlichen Umbrüche im 19. Jahrhundert gestellt worden sind, sollen diese *Schattenseiten der Globalisierung* näher beleuchtet werden. Die internationalen Beiträge analysieren die ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierungs- sowie Fragmentierungsprozesse, untersuchen in Fallbeispielen die autoritären Entwicklungen in Europa und den USA und fragen abschließend nach deren Zukunftschancen in der nationalstaatlich verfaßten Demokratie.

Schattenseiten der Globalisierung

*Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus
und separatistischer Regionalismus
in westlichen Demokratien*

Herausgegeben von
Dietmar Loch und Wilhelm Heitmeyer

Suhrkamp

3. Auflage 2018

Erste Auflage 2001

edition suhrkamp 2093

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2001

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Jung Satzcentrum, Lahnau

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-12093-4

Inhalt

Vorwort	9
<i>Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer</i> Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen	11
<i>I. Globalisierung, Fragmentierung und autoritäre Entwicklungen</i>	
<i>Alain Touraine</i> Globalisierung – eine neue kapitalistische Revolution	41
<i>Klaus Dörre</i> Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?	63
<i>Helmuth Berking</i> Kulturelle Identitäten und kulturelle Differenz im Kontext von Globalisierung und Fragmentierung	91
<i>Michael Zürn</i> Politische Fragmentierung als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung?	111
<i>Georg Stauth</i> Religiöser Fundamentalismus zwischen Orient und Okzident: Religiöse Identitätspolitik und ihr Verhältnis zur Demokratie	140
<i>II. Moderner Rechtsradikalismus und separatistischer Regionalismus in Fallbeispielen</i>	
<i>Hans-Georg Betz</i> Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzepten und antiliberaler autoritärer Ideologie	167
<i>Pascal Perrineau</i> Die Faktoren der Wahldynamik des Front national	186
<i>Peter A. Ulram</i> Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ-Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider	206

Michael Kazin
Die radikale Rechte in den Vereinigten Staaten:
Neue Themen, alter Diskurs, ungewisse Zukunft 227

Roberto Biorcio
Separatistischer Regionalismus in einer reichen Region:
die Lega Nord 246

III. »Sonderfall« Deutschland?

Detlef Oesterreich
Massenflucht in die Sicherheit?
Zum politischen Verhalten autoritärer Persönlichkeiten
Theoretische Überlegungen und Ergebnisse von
vier empirischen Untersuchungen 275

Michael Vester
Wer sind heute die »gefährlichen Klassen«?
Soziale Milieus und gesellschaftspolitische Lager
im Wandel 298

Ursula Birsl/Peter Lösche
(Neo-)Populismus in der deutschen Parteienlandschaft
Oder: Erosion der politischen Mitte 346

IV. Globalisierung und die Zukunft der Demokratie

Mathias Bös
»Community-building« im Internet: Entgrenzung
und neue Grenzverläufe für politische Extremismen
in der globalen Kommunikation 381

Volker Heins
Wirtschaftswunder durch Demokratieverzicht?
Westliche Asienbilder im Zeitalter der Globalisierung ... 397

Herbert Kitschelt
Politische Konfliktlinien in westlichen Demokratien:
Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche
Verteilungskonflikte 418

Claus Leggewie
What's next? oder: Neokapitalismus
und neue Linke 443

V. *Schlußbetrachtungen*

Dietmar Loch

Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien:

»Geschlossen« gegen die »offene Gesellschaft«? 463

Wilhelm Heitmeyer

Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und
Rechtspopulismus.

Eine Analyse von Entwicklungstendenzen 497

Die Autoren 535

Vorwort

Der vorliegende Band ist das Ergebnis einer Tagung, die das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) veranstaltet hat. Die bisherigen Bände dieser Reihe gruppieren sich v. a. um die gesellschaftlichen Reaktionen auf Rechts-Extremismus, um ethnisch-kulturelle Konflikte, um politisierte Religionen und um Gewalt. Außerdem wurde mit Publikationen zu sozialräumlichen Aspekten die Krise der Städte thematisiert. In diesem Band wird mit dem Themenfeld der Globalisierung und ihren politischen Schattenseiten ein weiterer Aspekt hinzugefügt, von dem anzunehmen ist, daß er zukünftig an Bedeutung gewinnen wird. Zugleich sind zahlreiche Phänomene, die bisher im nationalstaatlichen Rahmen debattiert wurden, nicht einfach in den globalen Rahmen zu stellen. Kurz: Es stehen noch zahlreiche Anstrengungen bevor, wenn klarere Konturen gewonnen werden sollen. Angesichts der immensen Ausmaße des Themenfeldes will der Band dazu einen kleinen Beitrag leisten, indem er sich diesen *Schattenseiten der Globalisierung* widmet.

Zahlreiche Autoren aus Deutschland, Frankreich, Österreich, Italien und den USA waren bereit, dieser Problematik nachzugehen. Bei ihnen möchten wir uns besonders für die strapazierte Geduld bedanken.

Der Dank gilt zudem der Landeszentrale für politische Bildung in Nordrhein-Westfalen für ihre finanzielle Unterstützung, Johannes Vossen für seine zuverlässige Tagungsorganisation, Adelheid E. Baker für die Übersetzungen der englischen und Bernd Stefanink der französischen Texte sowie Petra Buchalla und Jana Klemm für die technische Bearbeitung der Manuskripte.

*Dietmar Loch
Wilhelm Heitmeyer*

Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer

Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen

1. Globalisierung und Fragmentierung

Globalisierung ist im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zu einem zentralen wissenschaftlichen Thema avanciert. Die Literatur dazu ist inzwischen unüberschaubar geworden (vgl. u. a. Albrow 1996, Archibugi/Held 1995, Axford 1995, Beck 1997, Brock 1997, Lash/Urry 1987, Luttwak 1999, Martin/Schumann 1996, Münch 1998, Zürn 1998). Auch wenn der Begriff und das Ausmaß der *Globalisierung* umstritten bleiben, herrscht ein Konsens darüber, daß in den modernen Nationalstaaten ein ökonomisch induzierter Prozeß der *Entgrenzung* eingesetzt hat, der die bisherigen, vorwiegend nationalstaatlich organisierten Handlungszusammenhänge in Ökonomie, Kultur und Politik grundlegend verändert.

Betrachtet man diesen Prozeß im einzelnen, ist zuallererst die *ökonomische* Dimension zu nennen (vgl. u. a. Altvater/Mahnkopf 1996, Hirst/Thompson 1996). Danach ist der bereits in den siebziger Jahren sich verstärkende Internationalisierungstrend in Wirtschaft und Handel durch eine neuartige und beschleunigte Zunahme des grenzüberschreitenden Austauschs von Kapital, Waren und Dienstleistungen nicht nur fortgeführt, sondern qualitativ verändert worden. Dabei hat die ökonomische Globalisierung den Stellenwert überregionaler Wirtschaftsräume wie z. B. denjenigen der Europäischen Union erhöht. Zwischen den sich entterritorialisierenden »Volkswirtschaften« einerseits und der sich globalisierenden Wirtschaft andererseits konkurrieren diese Regionen im weltumspannenden Wettbewerb.

Der Prozeß der Entgrenzung hat sich zudem auf den *kulturellen* Bereich ausgedehnt. So schlägt sich die kulturelle Globalisierung (vgl. u. a. Appadurai 1996, Robertson 1992) zum einen in einer weltweiten Verbreitung von kulturell homogenisierten, d. h. westlich geprägten Kommunikationsmöglichkeiten und Konsummustern nieder. Zum anderen werden durch die zunehmende Überschreitung der Grenzen durch Kommunikation und Migra-

tion schon immer bestehende kulturelle Differenzen bewußter wahrgenommen. Die kulturelle Heterogenität sucht sich dabei neue Räume, in denen – v. a. durch die Migranten – die nationalstaatliche Trennung von »innen« und »außen« transnational überschritten wird (Bös 1997, Castels/Miller 1998).

Schließlich haben die Entgrenzungen eine *politische* Dimension. Denn die ökonomische Globalisierung hat zu einem Souveränitätsverlust (Sassen 1996) bzw. zumindest zu einem Autonomieverlust (Dittgen 1999) des Nationalstaats geführt, der sich v. a. in einer Abtretung von Kompetenzen der politischen *Regulierung* äußert. So haben die Einflußmöglichkeiten staatlicher Politik auf wirtschaftliche Akteure wie die weltweit agierenden transnationalen Unternehmen abgenommen. Der Nationalstaat besitzt zwar noch das Monopol legitimer Gewalt, aber nicht mehr dasjenige der politischen Steuerung (Scharpf 1998, S. 82), auch wenn er bei der Herstellung der Rahmenbedingungen für den ökonomischen Globalisierungsprozeß weiterhin eine zentrale Rolle spielt (Sassen 1998). Da die ökonomische Globalisierung nun keinen zwangsläufigen Prozeß darstellt, sondern politisch gestaltbar ist, besteht die Möglichkeit, daß diese Steuerung zunehmend von internationalen Organisationen übernommen wird, auch wenn eine solche »governance« (noch) nicht absehbar ist. Dabei stehen auch die supranationalen Institutionen wie die Europäische Union und damit die ansatzweise Herausbildung einer europäischen Staatlichkeit im Mittelpunkt. So bilden sich jenseits des Nationalstaates auch neue politische Räume.

Gleichzeitig vollzieht sich neben diesen Prozessen von Globalisierung und Europäisierung eine Entwicklung, die sich als *Fragmentierung* bezeichnen läßt (vgl. u. a. Menzel 1998). Sie wird ebenso in ökonomisch-sozialer, kultureller und politischer Hinsicht deutlich. So läßt sich in den westlichen Gesellschaften eine Fragmentierung der *Sozialstruktur* beobachten, die mit Individualisierungsprozessen einhergeht. Dabei entsteht verstärkt soziale Ungleichheit in Form der Segregation, die sich mit ihrer sozioökonomischen Polarisierung zunehmend auch in den westlichen Metropolen zeigt. Im Bereich der gesellschaftlichen Milieus und der individuellen Lebensstile ist eine gesellschafts»interne« *soziokulturelle Heterogenisierung* festzustellen, in die sich die »externe«, mobilitäts- und migrationsbedingte kulturelle Heterogenität z. T. inkorporiert. Doch bilden sich gleichzeitig im

Prozeß kultureller Entdifferenzierung bzw. der Retraditionalisierung der Lebenswelt (Habermas 1994) auch neue *kollektive Identitäten*, die dieser Heterogenisierung homogenisierend entgegenwirken.

Schließlich hat mit dem Autonomieverlust des Nationalstaates auch die *politische Regulierung* eine zunehmende Fragmentierung bzw. Komplexität innerhalb eines sich insgesamt ausdifferenzierenden europäischen Mehrebenensystems politischer Räume (*multi-level-governance*) angenommen (Jachtenfuchs/Kohler-Koch 1996). Dabei werden auch die politischen Institutionen auf subnationaler Ebene gestärkt (Junne 1996). So haben die Regionen im Prozeß der europäischen Integration einen wichtigen Stellenwert erhalten (Regionalisierung), und die europäischen Städte – v. a. die Metropolen – sind nicht mehr der verlängerte Arm des Nationalstaates (Lokalisierung). Die Städte entwickeln zunehmend, wie die Regionen, eigene Wirtschaftsbeziehungen über die nationalen Grenzen hinweg. Gleichzeitig sind sie aber auch mit der Regulierungsnotwendigkeit der sich spaltenden Stadtgesellschaften konfrontiert.

Das erkenntnisleitende Interesse in diesem Band zeigt sich in der Frage, wie sich die beiden skizzierten Makrotrends von Globalisierung und Fragmentierung auf die nationalstaatlich verfaßte *Demokratie* auswirken (vgl. u. a. Held 1995, Held u. a. 1999). Denn mit dem Souveränitäts- bzw. Autonomieverlust des Nationalstaates ist nicht nur ein Hoheitsverlust an politischer Steuerung, sondern auch ein Legitimations- bzw. Demokratiedefizit der »postnationalen«, aber weiterhin nationalstaatlich verfaßten Demokratie entstanden (Habermas 1998). Wenn wichtige politische Entscheidungen sich auf supranationale Institutionen verlagern, entzieht dies – »von außen« betrachtet – der demokratischen Willensbildung in den Nationalstaaten immer mehr an Substanz.

Gleichzeitig läßt sich in den westlichen Demokratien – »von innen« betrachtet – eine »Vertrauenskrise« gegenüber den Parteien konstatieren. Sie wird z. B. in Frankreich als »Krise der politischen Repräsentation« (Portelli 1995) oder in Deutschland unter dem Begriff der »Politik-« bzw. besser »Parteienverdrossenheit« (von Beyme 1994, 2000; Pickel/Walz 1997) debattiert. Die Repräsentationskrise bezieht sich dabei generell auf die zwischen Staat und Gesellschaft stehenden intermediären Instanzen.

Sie manifestiert sich in der nachlassenden Integrationsfähigkeit dieser Institutionen und Großorganisationen der politischen Willensbildung und Beteiligung, die sich mit der Entstehung der nationalen Industriegesellschaft herausbildeten. Dazu zählen v. a. die politischen Parteien, die Interessenverbände und die Gewerkschaften. Blickt man auf das Verhältnis zwischen Bürger und Parteien, läßt sich die Abnahme der bisherigen politischen Bindungen v. a. an drei Indikatoren ablesen (Mény 1998, S. 294 f.): erstens an der »Flüchtigkeit« (*volatility*) des Wählerverhaltens, das bis zur Wahlenthaltung reicht und das sich nicht mehr an festen politischen Konfliktlinien (*cleavages*), sondern vielmehr an zentralen, aber variierenden politischen Streitfragen (*issues*) orientiert; zweitens an der damit einhergehenden Fragmentierung der Parteiensysteme und drittens v. a. an der wachsenden Kluft zwischen den Bürgern und der politischen Klasse.

Nun liegt die Annahme nahe, daß sich das Demokratiedefizit zum einen aus dem Autonomieverlust des Nationalstaats ergibt, wenn die Bürger nicht mehr klar erkennen können, wie für sie relevante politische Entscheidungen durch die politischen Eliten getroffen werden. Zum anderen liegt es aber auch nahe, daß innenpolitische Gründe die Vertrauenskrise in die Parteien begründen, wenn z. B. wie in Österreich eine große Koalition jahrzehntelang die Regierung stellte. Doch sind solche außen- und innenpolitischen Erklärungsversuche überhaupt noch scharf voneinander zu trennen? Wenn man z. B. die deutschen Parteien betrachtet, die sich seit Ende der siebziger Jahre von »Volks-« zu »Profiparteien« mit Tendenzen zu einer politischen Klasse verwandelt haben (von Beyme 2000), scheint es zwischen beiden Ursachenbündeln einen Zusammenhang zu geben. Denn diese Parteien erfüllen zwar in ihrer »Scharnierfunktion« nach wie vor die »Regierungs-« und die »Repräsentationsfunktion«. Doch werden sie »von oben« und »von unten« mit neuen Aufgaben konfrontiert. So entstehen »nach oben« Blockaden in der Reformfähigkeit und -willigkeit, die u. a. mit den neuen grenzüberschreitenden Herausforderungen an die nationalstaatlich verfaßten Parteien zu tun haben (Immerfall 1998). »Nach unten« haben die Parteien die Fähigkeit und – v. a. gegenüber den sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten – z. T. auch den Willen verloren, diese politisch zu repräsentieren.

Angesichts dieses Legitimations- bzw. Repräsentationsdefizits

entstehen neue Formen politischer Beteiligung. Zum einen können sie in den jeweiligen politischen Räumen *demokratisch* sein. In den nationalstaatlich verfaßten Demokratien lassen sich die Zunahme direkter politischer Beteiligungsformen (Klein/Schmalz-Bruns 1997) als auch zaghafte Reformansätze in den Parteien erkennen. Jenseits des Nationalstaates sind NGOs an Entscheidungsprozessen in internationalen Organisationen beteiligt, soziale Bewegungen werden grenzüberschreitend, und es bildet sich allmählich eine europäische Öffentlichkeit, wie das Beispiel der »innereuropäischen« Anti-Haider-Front zeigt. Auf subnationaler Ebene steht dagegen die Stärkung des Polis-Gedankens lokaler, »überschaubarer« Demokratie im Mittelpunkt.

Zum anderen mehren sich aber seit den achtziger und neunziger Jahren weltweit auch Anzeichen für neue *autoritäre Entwicklungen*. Von autoritären Entwicklungen kann gesprochen werden, wenn die politische Vergemeinschaftung von Gruppen nicht universalistisch mit – im Nationalstaat verfaßten – zivilbürgerlichen Kriterien, sondern partikularistisch mit ethnisch-kulturellen, religiösen oder ausschließlich territorialen Kriterien begründet wird und sich dabei auf entsprechende kollektive Identitäten stützt. Dabei trägt diese Gemeinschaftsbildung autoritäre Züge, wenn es strenge, nach innen gerichtete Hierarchien gibt und nach außen eine radikale Abschließung und Abwehr gegenüber anderen Gruppen existiert, die diese ethnisch-kulturellen Zugehörigkeitskriterien nicht erfüllen. Unter solche autoritären Entwicklungen fällt v. a. das Aufleben ethnischer Nationalismen bzw. des Rechtsradikalismus, des separatistischen Regionalismus und des religiösen Fundamentalismus.

2. Erscheinungsformen autoritärer Entwicklungen

So haben populistisch auftretende *rechtsradikale* (bzw. zumindest rechtspopulistische) *Parteien und Bewegungen* seit Mitte der achtziger Jahre in den westlichen Demokratien Zulauf bekommen (vgl. u. a. Betz 1994, Betz/Immerfall 1998, Kitschelt 1995, Merkl 1997). Sie stehen u. a. für einen radikalen *Nationalismus*, der in gemäßigterer Form zwar auch in anderen politischen Parteien zu finden ist. Doch kann beim Rechtsradikalismus der Nationalismus neben der Fremdenfeindlichkeit bzw. dem Rassismus als

politisch-ideologischer Kern betrachtet werden. Das markanteste Beispiel für den Erfolg der radikalen Rechten in den westeuropäischen Demokratien liefert die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) unter Jörg Haider, die inzwischen Koalitionspartner einer Regierung auf nationaler Ebene ist. Zu nennen sind außerdem – bei allen Differenzen – die Schweizer Volkspartei (SVP) von Christoph Blocher, der belgische Vlaams Blok, die italienische Alleanza Nazionale (AN), die norwegische Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei), die dänische Folkeparti (DF, Volkspartei) und der französische Front national, der allerdings seit seiner offiziellen Spaltung 1999 erheblich an Einfluß verloren hat. In Deutschland existiert zwar keine dauerhaft erfolgreiche rechtsradikale Partei, doch weisen das rechtsradikale Einstellungspotential in der Bevölkerung, die rechtsradikalen Milieus in den neuen Bundesländern sowie die Wahlerfolge der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 1997 und Brandenburg 1998 auf ein ähnliches rechtsradikales Protestpotential hin. Erfolge rechtsradikaler bzw. rechtspopulistischer Parteien treten zudem mit Preston Mannings Reform Party in Kanada, der New Zealand First Party in Neuseeland und der One Nation Party in Australien in den angelsächsisch geprägten Demokratien außerhalb Europas auf. Die Anzeichen eines internationalen Trends zum »radikalen Rechtspopulismus«, zu denen Betz (1998) auch den in der Bharatiya Janata Party (BJP) organisierten indischen Nationalismus zählt, sind demnach unübersehbar.

Auch beim Regionalismus sind weltweit neue Entwicklungen zu beobachten (für Europa vgl. u. a. Keating 1996, Kohler-Koch 1997, Le Galès/Lequesne 1998). Im Fall der ehemaligen Sowjetunion, Ex-Jugoslawiens oder auch der Tschechoslowakei haben sich Regionen und Völker angesichts des Zerfalls der einstigen Imperien bzw. Staatenbünde zu neuen Nationalstaaten konstituiert. Angesichts dieser Imperien und des spezifischen historischen Kontextes in Osteuropa ist es allerdings problematisch, von Regionalismus zu sprechen. Dagegen stößt man in den westlichen Nationalstaaten mit dem Bestreben regionaler Selbstbestimmung z. B. in Katalonien, Québec und Schottland auf einen Regionalismus, den Keating (1997) als eine neue globalisierungsbedingte Form von *Nationalismus* bezeichnet. Er interpretiert ihn als *subnationale* Reaktion auf den angeblichen Niedergang des Nationalstaates. Dabei handle es sich nicht um einen »ethni-

schen«, sondern einen »zivilbürgerlichen« Regionalismus, da die Mitgliedschaft *alle* Bewohner des Territoriums unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft umfasse. In der Tat kann Regionalismus – trotz immer vorhandener ethnisch-kultureller Bezüge – mit zivilbürgerlichen, demokratischen Elementen politischer Gemeinschaftsbildung verbunden sein. Denn das Verlangen nach regionaler Selbstbestimmung ist legitim und per se nicht undemokratisch. Am Beispiel der italienischen Lega Nord in der Lombardei läßt sich jedoch auch eine explizit ethnisch-kulturell legitimierte und autoritäre Form dieses Regionalismus aufzeigen, die den Begriff des *separatistischen Regionalismus* rechtfertigt, da – zumindest rhetorisch und in bestimmten Phasen – die Schaffung eines eigenen, von Italien unabhängigen Staates gefordert wird (Biorcio 1997). Blickt man auf Fälle wie Québec, Katalonien oder die Lombardei, scheint sich der Regionalismus der achtziger und neunziger Jahre in den westlichen Demokratien vom Regionalismus der siebziger Jahre v. a. darin zu unterscheiden, daß nicht mehr wirtschaftlich randständige, sondern leistungsfähige und wohlhabende Regionen im Mittelpunkt stehen. Dabei wird ein wesentlicher Teil der nationalen Solidarität zu Lasten der ärmeren Regionen und zugunsten des ökonomischen Wettbewerbs im Prozeß der europäischen Integration aufgegeben. Die Leistungsfähigkeit der regionalen modernen Ökonomie wird mit regionalistischem Selbstbewußtsein bzw. ethnisch rückgebundener kollektiver Identität verbunden.

Als dritte Erscheinungsform der autoritären Entwicklungen ist der *religiöse Fundamentalismus* zu nennen (vgl. u. a. Bielefeldt/Heitmeyer 1998). Hierzu können z. B. der indische Hindu-Fundamentalismus, der christlich-protestantische Fundamentalismus in den USA oder der islamische Fundamentalismus in Ländern wie Algerien oder auch der Türkei gezählt werden. Dabei zeigen die beiden ersten Beispiele, daß sich religiöser Fundamentalismus und Rechtsradikalismus überlappen können. So läßt sich der in der Bharatyia Janata Party politisch organisierte indische Hindu-Fundamentalismus auch als rechtsradikaler Nationalismus interpretieren (Betz 1998), und in den USA, wo die Wiege des protestantischen Fundamentalismus steht, ist dieser seit jeher ein wesentlicher Bestandteil der radikalen Rechten (Minkenberg 1998). Im Gegensatz zum Rechtsradikalismus und zum separatistischen Regionalismus liegt nun beim religiösen

Fundamentalismus, wenn er im Kontext der Migration steht, der Bezug zur Nation in der *transnationalen* Überschreitung. Da Transnationalität per se genauso demokratisch sein kann, handelt es sich beim religiösen Fundamentalismus um die autoritäre Form dieser Grenzüberschreitung. Eine solche Fusion von Transnationalität und autoritär politisierter Religion ist auch in den westlichen Demokratien – wo es primär um die Anerkennung des modernen Islam in der säkularisierten Gesellschaft geht – bei einem Teil der muslimischen Migranten anzutreffen (vgl. Heitmeyer/Müller/Schröder 1997).

3. Welche Zusammenhänge existieren?

All diese Phänomene besitzen ihre *Besonderheiten*. Sie müssen in ihren ideengeschichtlichen, kulturellen, regionalen und religiösen Kontexten verstanden werden. Dennoch legt die Tatsache, daß diese autoritären Entwicklungen in den letzten Jahren weltweit zugenommen haben, die Vermutung nahe, daß es jenseits ihrer spezifischen Begründungen eine oder mehrere *Gemeinsamkeiten* gibt (vgl. dazu auch Meyer 1989, 1997). Diese Gemeinsamkeiten können entlang von sozialen, kulturellen und politischen Kriterien betrachtet werden. Dabei dürften wesentliche Elemente dieser Übereinstimmungen – so die zentrale Annahme dieses Bandes – im *Zusammenhang* mit den ökonomisch-sozialen, kulturellen und politischen Dimensionen der Globalisierung stehen.

Ein erster Berührungspunkt scheint sich somit aus dem *sozialen Status* der Unterstützer zu ergeben, die Marginalisierungserfahrungen ausgesetzt sind oder Angst vor Statusverlust haben, wofür die ökonomische Globalisierung als neuer Modernisierungsschub die entsprechenden sozialstrukturellen Bedingungen schafft. Schon einmal in der Geschichte hat eine »Große Transformation« (Polanyi 1978), d. h. ein Modernisierungsschub des Kapitalismus, in weiten Bevölkerungsteilen zu autoritärem politischen Verhalten bzw. zur Unterstützung autoritärer Politik geführt. Angesichts weltweit zunehmender sozioökonomischer Polarisierung, die sich auch in den westlichen Metropolen zeigt, könnte hier ein wachsendes, sozial motiviertes bzw. sich ethnischeres Protestpotential liegen. Dabei ist die sozialstrukturelle Gemeinsamkeit aber nicht nur in den Frustrationen von »Moder-

nisierungsverlierern« zu finden, da v. a. der separatistische Regionalismus in wohlhabenden Regionen reüssiert. Zudem können bei allen drei erwähnten autoritären Entwicklungen sozialstrukturell verursachte Motive allein wohl nicht das autoritäre Verhalten erklären.

Die offensichtlichste Gemeinsamkeit der autoritären Entwicklungen zeigt sich in der Manifestation *kollektiver Identität*, die in autoritärer Gemeinschaftsbildung aus der Kritik am »Projekt der Moderne« entsteht. Eine Erklärung dafür liegt in der Ambivalenz der Moderne (Bauman 1995). Denn die westlich geprägte Moderne hatte immer zwei Seiten. Einerseits kam es durch gesellschaftliche Differenzierung und Modernisierung zur Rationalisierung aller Lebensbereiche, was sich bis heute u. a. in der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus bzw. der ökonomischen Globalisierung, aber auch in Recht und Politik niederschlägt. Andererseits hat diese Moderne immer – begleitet von der »Entzauberung der Welt« und den Anforderungen von Individualisierungsschüben – zu Erfahrungen von Entwurzelung, Entfremdung und Sinnverlust geführt. So gab es im Westen seit der Aufklärung immer Formen eines autoritären Populismus, der sich als Ausdruck dieser Gegenmoderne deuten läßt (Dubiel 1986). Genannt seien nur die Bewegung der »Volkstümmler« im Rußland des 19. Jahrhunderts sowie die bis ins 20. Jahrhundert reichenden populistischen Traditionen in den USA oder Frankreich. Auch der europäische Faschismus beinhaltete einen Modernisierungsschub und gleichzeitig eine – einzigartige – zivilisatorische Regression. In diesem Kontext können die erwähnten autoritären Entwicklungen als Formen zivilisationskritischer Vergemeinschaftung verstanden werden, die auf die Zumutungen der emanzipatorischen Moderne – Entwurzelung, Entfremdung, Verunsicherung und Sinnverlust – eine selbstvergewissernde, aber autoritäre, ja totalisierende Antwort geben, hinter der letztendlich das Bedürfnis nach Anerkennung steht. Mit der kulturellen Globalisierung, die kulturelle Differenz und Heterogenität durch den Abbau von Grenzen sichtbarer macht, läßt sich bei dieser Suche nach Sinn und Anerkennung um so leichter ein Ort kollektiver, kultureller Identität finden, die das Auffinden dieser Wünsche verspricht (Bauman 1998).

Mit der globalen Verbreitung der Moderne hat der Westen diese immanente Kritik auch in die nichtwestliche Welt getragen,